

Paroli

 Linke Blätter
 für Marburg-
 Biedenkopf

 Sonderausgabe
 Wahlen 2011

FÜR EINEN SOZIALEN LANDKREIS



NEIN ZUR SCHULDENBREMSE

Foto: Nico Biver

Der Landkreis ist hoch verschuldet. In diesem Jahr wird mit einem Haushaltsloch von 28,4 Millionen Euro gerechnet. Insgesamt wird der Landkreis bis 2011 eine Unterdeckung von 130 Millionen Euro ausweisen. Wo fließt denn das Geld hin?

Wer sich den Zustand der Kreisstraßen und der Schulgebäude angesehen hat, der kommt ins Stutzen: Alles wirkt marode und unsaniert. Auch die soziale Infrastruktur ist „ausbaufähig“: Kinderbetreuungsangebote sind Mangelware, Hausärzte werden auf dem Land immer weniger und der Busverkehr ist kreisweit eine Katastrophe. Fazit: Hier wird bereits an allen Ecken und Enden gespart.

Das Problem liegt nicht dar-

in, dass der Landkreis zu viel Geld ausgibt, sondern dass er zu wenig Geld einnimmt. Der Landkreis hat fast keine eigenen Steuereinnahmen und bezieht sein Geld überwiegend aus den Schlüsselzuweisungen des Landes und einer Schul- und Kreisumlage der kreisangehörigen Gemeinden. Nahezu alle Aufgaben des Kreises sind gesetzlich festgelegt und bis ins Detail fremdbestimmt. Lediglich ein Prozent des Kreishaushaltes sind freiwillige Leistungen, über die der Kreistag völlig eigenständig entscheidet.

Obwohl Landrat Fischbach weiß, dass er mit Kürzungen nicht weit kommt, legt er dennoch einen „Sparhaushalt“ vor. Eine lange Liste von Grausamkeiten umfasst Einsparungen bei Seniorenbussen,

Kürzungen bei der Schwangerschaftskonfliktberatung, Erhöhung der Gebühren bei der Volkshochschule bis hin zu 400 000 Euro Kürzungen bei den Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-BezieherInnen. Damit „spart“ man insgesamt gerade mal 2,5 Millionen Euro.

Die Finanzmisere ist nicht vom Himmel gefallen. Im Gegenteil: Bewusste politische Entscheidungen haben zu dieser Geldnot geführt. Die Steuergeschenke der letzten zehn Jahren an Reiche, Superreiche, große Unternehmen und Hoteliers verursachen die riesigen Einnahmeausfälle in den öffentlichen Kassen.

Nun versuchen CDU und FDP den BürgerInnen weiszumachen, mit einem Kreditaufnahmeverbot auf Landesebene (Schuldenbremse) ließe sich die Finanznot beheben. SPD und Grüne blasen in das gleiche Horn. DIE LINKE sagt: Ein Kreditaufnahmeverbot bringt dem Land, den Landkreisen und den Kommunen nicht einen Euro mehr in die Kasse. Die Verfassungsänderung wird zu einer wohlfeilen Begründung für Kürzungen bei den Ausgaben für Kinder und Jugendliche, für die soziale Infrastruktur und für Sport und Kultur.

Dies sehen der DGB, die Einzelgewerkschaften, die Wohlfahrtsverbände, attac und Schüler- und Studierendenvertretungen genauso. Sie haben sich zur „Plattform zukunftsfähiges Hessen“ zusammengetan und kämpfen für ein „NEIN“ bei der Volksabstimmung.

Fortsetzung S. 2

Kommentar

Richtungsweisend

Die Wählerinnen und Wähler entscheiden am 27. März darüber, in welche Richtung sich unser Land und unser Landkreis entwickeln. Werden die Kräfte gestärkt, die auf Deregulierung und Marktöffnung setzen? Oder gewinnen diejenigen an Boden, die die sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Menschen demokratisch und solidarisch gestalten wollen?

In vielen Bereichen wurden die Glaubenssätze der Marktideologen widerlegt. Nicht der Markt, sondern der Staat hat in der Finanzkrise das Schlimmste verhütet. Dennoch, öffentliches Eigentum wurde verscherbelt, jetzt herrscht vielerorts Katzenjammer. Die Probleme am privatisierten Klinikum leugnen nur noch Rhön-AG-Pressesprecher.

Vierorts steigen Gebühren, der Service verschlechtert sich. Die Umverteilung hinterlässt leere Kassen in den Kommunen und dem Landkreis. Investitionen in Bildung, Gesundheit, soziale Infrastruktur, Verkehrs- oder Energiewende unterbleiben.

DIE LINKE sagt: Menschen vor Profite! Öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle bietet die Gewähr für ein funktionierendes Gemeinwesen. Die KandidatInnen der LINKEN treten dafür ein, die Kommunen und den Landkreis an den Bedürfnissen der Menschen auszurichten und nicht an dem Gewinnstreben einiger weniger. Und sie stimmen bei der Volksabstimmung zur Änderung der

Hessischen Verfassung mit „Nein“.

Inge
Sturm
Listen-
platz 5



Foto: S. Markt

Am 27. März : **Liste 5**



DIE LINKE.

Menschenwürde für acht Euro

Hartz-IV bleibt trotz „Reform“ verfassungswidrig



Foto: Nico Biver

▲ Auch nach der Hartz-IV-Reform bleibt die Losung gültig

Schon vor einem Jahr hatte das Bundesverfassungsgericht eine transparente Neuberechnung der Hartz-IV-Leistungen bis Ende 2010 gefordert, doch der Gesetzgeber ließ sich Zeit bei der Umsetzung des Urteils und schloss am Ende einen faulen Kompromiss: Gerade mal 8 Euro mehr sind für die Bezieher von Arbeitslosengeld II (insgesamt 367 monatlich) dabei herausgekommen. Die SPD, die diesen Beschluss mitgetragen hat, zweifelt nun selbst, ob die Berechnung der Regelsätze verfassungskonform ist.

Auch das Bildungspaket für Kinder ist das Papier nicht wert, auf dem es gedruckt ist. Ein monatlicher pauschaler Zuschuss von 10

Euro reicht weder für Reitstunden noch einen Sportverein, geschweige denn für die Hefte, Stifte und sonstige Unterrichtsmaterialien. Nachhilfe soll es auch nur im besonderen Bedarfsfall geben, nicht regulär. Ein Fortschritt ist allerdings, dass Fahrkarten von Oberstufenschülern im SGB-II-Bezug nun gezahlt werden, ebenso ein kostenloses Mittagessen, vorausgesetzt, die Schule bietet dies überhaupt an.

Dennoch ist das keine menschenwürdige Grundsicherung für Langzeiterwerbslose und ihre Familien. Auch der wachsenden Zahl armer Ruheständler und anderer Bedürftiger wird diese Reform keineswegs gerecht. Eine Teilhabe

an Kultur und dem sozialen Leben kann man sich als Hartz-IV-Empfänger kaum leisten. Die Fraktion DIE LINKE hat daher immer wieder gefordert, einen Kreissozialpass für wirtschaftlich schlechter gestellte Menschen einzuführen. Er sollte die kostenlose Benutzung der Busse auf Kreisebene ermöglichen. Ebenso das Marburger Theater und Schwimmbäder.

Leider stieß diese Idee bei den anderen Parteien auf wenig Gegenliebe. CDU, FDP, SPD und die Grünen halten lieber an Repressionsmaßnahmen wie der Bürgerarbeit fest. „Wem ein Arbeitsangebot gemacht wird, der hat auch die Pflicht, ein solches Angebot anzunehmen“, sagt die Kanzlerin. Dahinter steckt der Gedanke: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“

Dass Bürgerarbeit und Ein-Euro-

Jobs reguläre Beschäftigung im öffentlichen Dienst verdrängen, bleibt bei den anderen Parteien oft unerwähnt. Menschen werden zum Renovieren von Amtsgebäuden, bei Baumaßnahmen oder der Müllabfuhr eingesetzt. Alles Tätigkeiten, die früher über reguläre Beschäftigungsverhältnisse entlohnt wurden. Die LINKE fordert sozialversicherungspflichtige existenzsichernde Beschäftigungsmaßnahmen und reguläre Verwaltungsjobs auszubauen und auf Bürgerarbeit, Ein-Euro-Jobs und Repressionsmaßnahmen zu verzichten.



Bernd Hanne-mann
Listensplatz 2

Kirchhainer LINKE ins Parlament!

Drei ehemalige Stadtverordnete der GRÜNEN und der SPD gründeten die „Kirchhainer LINKE“. Sie richtete sich als außerparlamentarische Opposition gegen die Sozialpolitik des Kirchhainer Regierungsbündnisses aus CDU, GRÜNEN und FDP, das sich „Kompetenz für Kirchhain“ nennt.

Für die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung am 27. März 2011 haben die Kirchhainer Linken eine Liste mit zehn KandidatInnen aufgestellt, davon vier Parteilose. Sie setzen sich für den Erhalt des städtischen Hallenbades ein. Weitere wichtige Forderungen des Wahlprogramms lauten: Städtische Aufträge nur an tariftreue Unternehmen zu vergeben, Verbesserungen bei

den Busanbindungen an die Stadtteile zu sozialverträglichen Preisen zu erreichen, die Erhaltung der Bürgerhäuser als öffentliche Einrichtungen zu gewährleisten, eine effektivere, wohnortnahe ärztliche Versorgung zu sichern, die Kommunalisierung des Stromnetzes anzustreben und landwirtschaftliche Monokulturen zu verhindern.

Interessierte BürgerInnen können beim „Linken Forum“, das regelmäßig von der Kirchhainer LINKE angeboten wird, kommunalpolitischen Probleme erörtern und Aktionen für Kirchhain besprechen.

Reinhard Heck

Kontakt: Tel.: 06422-85338
kirchhain@die-linke-marburg.de

Fortsetzung von S. 1

Für einen sozialen Landkreis

Nur Verbesserungen auf der Einnahmeseite führen aus der Verschuldungsfalle: Dazu gehört eine Vermögenssteuer, eine Anhebung der Erbschaftssteuern für sehr große Erbschaften, die Fortentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindewirtschaftssteuer und eine Börsenumsatzsteuer. Ein gesetzlicher Mindestlohn als flankierende Maßnahme wirkt der Lohnspirale nach unten entgegen.

Ein Wort zur Generationenge-



Foto: S. Markl

Anna Hofmann
Listensplatz 1

rechtigkeit: Ist es gerecht, unseren Kindern baufällige Schulen und Bibliotheken, marode Straßen und ein heruntergewirtschaftetes Gesundheits- und Sozialsystem zu hinterlassen? Genau dazu wird die Schuldenbremse führen. Stimmen Sie deswegen mit „Nein“, bei der Volksabstimmung. Treten Sie gemeinsam mit der „Plattform zukunftsfähiges Hessen“ für ein soziales, gerechtes und zukunftsfähiges Hessen ein.

Anna Hofmann/Jan Schalauske



Foto: privat

▲ KandidatInnen (vlnr.): Sigurd Meier, Ingeborg Cernaj, Reinhard Heck, Hans-Jürgen Sitt, Hannelore Kießelbach, Konrad Weber

Gesundheit ist keine Ware

Expansion der Rhön Klinikum AG muss gestoppt werden



Foto: Nikanos Wikimedia

Als bundesweites Leuchtturmprojekt pries der ehemalige hessische Ministerpräsident Roland Koch die Privatisierung der Universitätsklinikum Gießen und Marburg. Weit unter Wert wurden sie an die Rhön AG verhökert. Prätig erfreut über diesen Deal sind bisher vor allem die Aktionäre der Rhön Klinikum AG. Mit der Ware Patient erwirtschaftet das Klinikum einen erklecklichen Beitrag für die Gewinnausschüttung. 2009 waren es knapp fünf Millionen Euro.

Weniger erfreut sind Mitarbeiter und Patienten. Immer wieder berichten MitarbeiterInnen über die hohe Arbeitsbelastung. Die Fallzahlen steigen, die Zahl der MitarbeiterInnen wächst nicht in dem selben Maß. Zudem werden die Arbeitsplätze unsicherer. Im Kaufvertrag war festgeschrieben, bis 2010 keine betriebsbedingten Kündigungen vorzunehmen. Trotz satter Gewinne sollen jetzt bis zu 250 Stellen abgebaut werden. Kündigungen sind nicht ausgeschlossen.

Die Klagen von PatientInnen über nicht ausreichende Pflegedienstleistungen und Behandlungsfehler werden als "Einzelfälle" abgetan. In einschlägigen Internetforen ist das Gegenteil nachzulesen. Der Verfasser dieser Zeilen kann aus eigener Anschauung bestätigen, dass seit der Privatisierung die Patienten schlechter betreut werden. Dies liegt nicht an den MitarbeiterInnen, sondern an der extremen Arbeitsverdichtung. Dass unter die-

sem Arbeitsdruck auch schwerwiegende Fehler passieren, liegt auf der Hand.

Nicht nur im stationären Bereich will die Rhön AG mit der Ware Gesundheit Geld verdienen. Von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt, kauft der Konzern Kassenarztsitze auf, um sie in ambulante medizinische Versorgungszentren einzuzugliedern. Die Ware Patient wird

dann aus einer Hand ausgebeutet. Vom Hausarzt zum Facharzt, von dort in die Klinik, und die Verwertungskette wird mit der Reha-Maßnahme abgeschlossen.

Diese Entwicklung muss gestoppt werden. DIE LINKE fordert ein schlüssiges Konzept für den Landkreis, um das Verschwinden der Arztpraxen in der Fläche aufzuhalten. Kreisausschuss und Kassenärztliche Vereinigung sind hier gleichermaßen gefordert. In den nächsten Jahren ist die flächendeckende medizinische Versorgung im Landkreis ernsthaft bedroht, da eine große Anzahl von Medizinern im Landkreis die Altersgrenze erreicht. Den Gesundheitsökonomern der Rhön AG darf der Landkreis nicht überlassen werden.



Hajo Zeller
Listenplatz 12

WETTERfest, sozial, unbestechlich

DIE LINKE in Wetter tritt wieder zur Kommunalwahl an. Im Wahlprogramm steht der Kampf um bessere Lebensbedingungen, eine transparente Gemeindepolitik und Chancengleichheit für alle Bürgerinnen und Bürger an erster Stelle. Dies geht einher

mit einer klaren Absage an jedwede Privatisierung kommunaler Einrichtungen. Die Menschen und ihre Bedürfnisse sollen im Mittelpunkt stehen. Daher keine Unterwerfung kommunaler Angelegenheiten unter die Interessen einzelner Investoren. Hierfür ist ein gesamtstädtisches Planungskonzept und die



Foto: privat

frühzeitige Offenlegung von Verträgen, verkehrspolitischen Entscheidungen und kommunalen Investitionen unabdingbar.

Wetter braucht ein Zentrum der sozialen Begegnung. Die Stadthalle muss renoviert und das städtische Hallenbad erhalten bleiben. Alle Ortsteile müssen rasch an schnelle Internetverbindungen angeschlossen werden. Wetter darf den Anschluss an das digitale Zeitalter nicht verschlafen.

Die Zukunft der Gemeinde sind die Kinder. Bildungs-, Kultur- und Sportangebote müssen für sie erweitert und durch die Einführung eines Sozialpasses allen Kindern zugänglich sein. Ein Jugendzent-

Termine

► Von der Krippe bis zur Uni - Gleiche Chancen für Alle

mit Janine Wissler (Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag)
Mi., 23. März, 19.00 Uhr, TTZ

► Wahlfete der LINKEN

So., 27. März, ab 17.30 Uhr,
Linkes Zentrum. Frankfurter Str. 15, Marburg

► Mitgliederversammlung der LINKEN Marburg-Biedenkopf, am 2. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr

Impressum

Paroli

Herausgeber: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf

Redaktion: Renate Bastian (verantw.), Nico Biver, Anna Hofmann, Hajo Zeller

Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 13.3.2011

Patienten sind keine Ware

Mahnwache der Initiative Notruf 113

Sa., 26. März, 5 vor 12 Uhr
Marktgasse/Wettergasse

rum soll Jugendlichen einen eigenen Raum eröffnen.

Verkehrspolitik ist immer auch Sozialpolitik. Wetter und seine Ortsteile müssen besser durch den öffentlichen Nahverkehr bedient werden. Ortsteile an der Bahnlinie sollen wieder Haltestellen erhalten. Busse müssen nach Bedarf vermehrt die Ortsteile verbinden und Fahrpläne besser aufeinander abgestimmt werden. Gefahrenpunkte müssen entschärft, Wege sicherer gemacht werden. Mehr Zebrastreifen und Geschwindigkeitsbegrenzungen, mehr Bänke und Plätze zum Verweilen werden die Lebensqualität in der Gemeinde deutlich verbessern.

Susann Kalden

Weitere Informationen unter:
www.linke-wetter.de

Am 27. März: Liste 5



DIE LINKE.

Wählen mit links

Was wird gewählt?

Am 27. März werden die Stadtverordnetenversammlungen bzw. Gemeindevertretungen, der Kreistag, Ortsbeiräte und mancherorts Bürgermeister (Amöneburg, Angerburg) und Oberbürgermeister (Marburg) gewählt. DIE LINKE kandidiert für den Kreistag und die Stadtverordnetenversammlungen von Marburg, Kirchhain und Wetter.

Am 27. März findet außerdem eine Volksabstimmung über die Aufnahme einer „Schuldenbremse“ in die Hessische Verfassung statt. Die Gewerkschaften, soziale Initiativen und DIE LINKE rufen auf, mit „Nein“ zu stimmen.

Unkompliziert wählen

Die großen Stimmzettel sind zwar abschreckend, aber man kann sich das Wählen trotzdem leicht machen. Es reicht völlig aus, nur die bevorzugte Liste anzukreuzen. Dann verschenkt man keine Stimme. Und wer unbedingt einzelne Personen unterstützen will, kann das dann zusätzlich tun, indem er zwei oder drei Kreuze bei den jeweiligen KandidatInnen macht.

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
 Frankfurter Str. 15, 35037 Marburg
 Tel. 06421-163873
 info@die-linke-marburg.de
 www.die-linke-marburg.de

Ich will:

- das Kreiswahlprogramm
- Infos über Treffen und Veranstaltungen
- Mitglied werden

 Name, Vorname

 Straße

 PLZ, Ort

 E-Mail-Adresse

Konkurrenz von Tank und Teller

Bioenergiekonzepte dürfen die Ernährungssicherheit nicht gefährden

Der Landkreis will bis 2040 unabhängig von fossilen und atomaren Energieträgern werden. Ein Großteil der benötigten Energie soll aus Energiepflanzen gewonnen werden. Diese

Strategie hat jedoch Tücken. Mitarbeiter von eon-Mitte-Natur treiben die Pachtpreise für Ackerland im Landkreis in die Höhe, weil sie Futter für ihre Biogasanlagen benötigen. Landwirte klagen, dass sie mit der Produktion von Nahrungsmitteln das nicht mehr zahlen können. Landrat Fischbach spielte auf einer Versammlung der Ortslandwirte dieses Problem herunter. Er sagte, niemand wolle die „heimische Region mit Energiepflanzen überziehen; das Hauptstandbein der Landwirte soll die Ernährung bleiben“. Klaus Wagner vom Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen, auch Mr. Biogas genannt, skizzierte auf dersel-



▲ Biogasanlage der Gesamtschule Heskem

Foto: Birgit Schäfer-Biver

ben Versammlung eine rosige Zukunft für die hessische Landwirtschaft. Der Weg dorthin: Bioenergie. In diesem noch jungen Wirtschaftsbereich seien jährlich steigende Zuwachsraten zu verzeichnen, was sich auch in einer „rasant ansteigenden Beschäftigtenzahl“ niederschlägt.

Wagner erklärte deutlich: „Die Entscheidung, was man anbaut, hängt auch von der Preisentwicklung ab.“ Zwar schob er nach, es dürfe zu keiner Konkurrenz zwischen der Produktion von Nahrungsmitteln und Energiepflanzen kommen. Doch wie soll das gehen? Wer legt das Maß fest, ab wann eine

Konkurrenz zwischen Nahrungsmittel- und Energiepflanzenproduktion vorliegt? Wie werden sich Landwirte, die Wagners Rat folgen, angesichts der anhaltend steigenden Erlöse bei den Energiepflanzen verhalten?

Die Konkurrenz von Tank und Teller ist im Landkreis Realität. DIE LINKE wird im Kreistag daher darauf dringen, dass ein landkreisweites Energiekonzept unter Beteiligung aller relevanten Akteure und der VerbraucherInnen erarbeitet wird. Mit diesem Konzept soll sichergestellt werden, dass die Energiewende zu einer Vollversorgung aus erneuerbaren Quellen gelingt, ohne die Ernährungssicherheit zu gefährden.



Ingeborg Cernaj
 Listenplatz 3

Foto: S. Markl

Kein Mensch ist illegal

Integration und politische Mitwirkung

Zum Beispiel: Dreizehn Jahre lebte die Familie Kpakou hier in Deutschland. Der jüngste Sohn und ein Enkelkind sind in Deutschland geboren. Dennoch wurden die Mutter, ihre acht Kinder und das Enkelkind abgeschoben. Der Vater blieb alleine in der Nähe von Marburg zurück. Er ist aufgrund seines Gesundheitszustandes bis heute nicht transportfähig. Die Familie lebt nun zerrissen in drei unterschiedlichen Ländern.

Fast zehn Prozent aller Bewohner im Landkreis sind Ausländer. Nicht mitgerechnet sind die Menschen, die einen Migrationshintergrund haben oder im Landkreis ohne Aufenthaltserlaubnis leben. Kann ein Mensch illegal sein? Niemand darf aus Deutschland abgeschoben werden. Diese Sichtweise wurde auch mehrfach von der Fraktion DIE LIN-

KE im Kreis vertreten. Insbesondere der Fall der Familie Kpakou zeigt, wie Familien einer Lebensperspektive beraubt werden. Unter Integration versteht DIE LINKE, dass man sich gegenseitig kennenlernt und aufeinander zugeht. Die je eigene Kultur und Sprache soll gepflegt und gefördert werden. Deshalb sind im Landkreis Begegnungstätten und Projekte notwendig, wo sich Menschen in Verbindung setzen können, ohne ihre eigene kulturelle Identität aufzugeben.

Die politische Gleichstellung der MigrantInnen wird von der linken Fraktion immer wieder auf die Tagesordnung des Kreistages gesetzt. Die Forderung „Demokratie braucht jede Stimme“, mit der auf kommunaler Ebene auch Ausländer aus Nicht EU-Staaten Wahl-

recht erhalten sollen, wurde vom Kreistag mehrheitlich leider nicht unterstützt. Solange das kommunale Wahlrecht nicht besteht, sieht DIE LINKE in den Ausländerbeiräten eine wichtige politische Einrichtung auf dem Weg zur Gleichberechtigung. Da es zurzeit im Kreisgebiet nur in Marburg und Kirchhain Ausländerbeiräte gibt, wird DIE LINKE sich dafür einsetzen, auf Kreisebene einen Ausländerbeirat zu etablieren. Dieser soll Rede- und Antragsrecht im Kreistag haben. Denn alle Menschen haben, unabhängig von ihrem Status, ein Recht auf politische Mitwirkung, sie sollten zumindest gehört werden.



Adnan Yildirim
 Listenplatz 4

Foto: S. Markl